



Österreich



Für die Gesamtschule, und das richtig!

Generationen von SchülerInnen kannten die Stadt Pisa wegen der Schiefelage ihres Turms. Heute ist der Name dieser Stadt Sinnbild für die Schiefelage im österreichischen Bildungssystem. Wie könnte eine Gesamtschule diese Probleme angehen?

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Wachsende Armut unter SchülerInnen

Immer mehr SchülerInnen arbeiten. Bereits 17% geben an zu arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen.

SEITE 3

Schwerpunkt



Wien: Heiße Themen

Zehn internationale und geschichtlich bedeutsame Themen werden den Sommer über bei SLP-Treffen in Wien aufbereitet – zugänglich für alle Interessierten.

SEITEN 4/5

Internationales



Neue "Linke" in Deutschland gegründet

Am 16. Juni wurden Linkspartei-PDS und WASG fusioniert. Ist das ein Grund zur Auflösung marxistischer Organisationen? Die SAV (SLP-Schwesterorganisation) meint: Nein! Die Argumente dazu auf

SEITE 7

AUFSCHWUNG nur für Reiche?

Nicht mit uns!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Sinkt die Arbeitslosigkeit tatsächlich?

Wirtschaftsminister Bartenstein verkündet stolz den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ende Juni waren nur mehr 183 644 Menschen arbeitslos gemeldet, plus 50373 Personen in Schulungen. Es ist bereits zynisch, eine knappe Viertelmillion Arbeitslose als Erfolg zu präsentieren! Bei näherer Betrachtung erweisen sich trotzdem – selbst hier – Jubelmeldungen als Mogelpackung. Am stärksten gesunken ist die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie. Genau dort ist gleichzeitig die Zahl der Zeitarbeitskräfte am stärksten gestiegen (+47%). Knapp 40% aller ZeitarbeiterInnen sind inzwischen Facharbeitskräfte. Der Trend, gut bezahlte Vollzeitjobs in schlecht dotierte prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufzuteilen, hält an.

Mindestlohn: ein Fortschritt?

"Mit der heutigen Vereinbarung zwischen ÖGB und WKÖ wird künftig niemand, der in Österreich Vollzeit arbeitet, unter 1.000 Euro verdienen", erklärte ÖGB-Präsident Hundstorfer am 2. Juli. Diese Vereinbarung gilt voraussichtlich ab 2009. Circa 30 000 ArbeitnehmerInnen werden davon profitieren (und dann ganze 820,- netto verdienen). Für zehntausende atypisch Beschäftigte (Freie DienstnehmerInnen, WerkvertragsnehmerInnen, Scheinselbständige), Beschäftigte der "freien Berufe", die nicht in der Wirtschaftskammer vertreten sind (Menschen, die bei ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, NotarInnen arbeiten) sowie PraktikantInnen (immer häufigere Beschäftigungsform von AkademikerInnen) gilt die Vereinbarung NICHT. Und die Beschäftigten in diesen Bereichen werden immer mehr. Das gilt übrigens nicht zuletzt auch für Buchingers Pflegemodell mit selbstständigen PflegerInnen,

die ebenfalls diesen Mindestlohn nicht beanspruchen werden können. An die Unternehmen in diesen Bereichen wird appelliert, sich anzuschließen. Lehrlinge, die gerade in den Niedriglohnbranchen erbärmlich wenig verdienen, profitieren nicht. Ihre "Lehrlingsentschädigung" wird nicht einmal anteilmäßig angehoben. Der Mindestlohn soll übrigens auch per Branchen-KV eingeführt werden, um auf die branchenspezifischen Bedürfnisse reagieren zu können. Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Wirtschaft den Mindestlohn durch Verschlechterungen in anderen Bereichen (Arbeitszeit ...) teuer abkaufen lassen will. Hat der ÖGB hier schon vorgebaut und ggf. Kampfmaßnahmen geplant?! Bisher ist selbst Insidern noch nichts bekannt ...

Gegensteuern - zum Schutz des Systems?

Selbst eingefleischte VertreterInnen von neoliberalen Konzepten erkennen, dass die bestehende Optik schief ist. Dass zwar die Gewinne steigen, aber nicht die Löhne, dass die ArbeitnehmerInnen vom "Aufschwung" nicht profitieren. Fakt ist: Die Reallöhne werden 2007 um magere 0,1% steigen. Zwischen 1997 und 2005 sind die Gewinne doppelt so stark gestiegen wie Löhne und Gehälter. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen (die "Lohnquote") ist von 80 % im Jahr 1976 auf 65,4 % im Jahr 2007 abgesunken.

Wohl nicht, weil sie plötzlich ihr soziales Gewissen entdeckt haben, sondern um die "Akzeptanz der Arbeitnehmer für das System zu erhalten", zum "Schutz des Systems" (beides O-Ton Böhler-Chef Raidl) fordern nun selbst WirtschaftsvertreterInnen Maßnahmen, um die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen und die schreiende Ungerechtigkeit notdürftig zu kaschieren. Sie treffen sich auf dieser Argumentationslinie mit GewerkschafterIn-

nen, die für (moderate) Lohnerhöhungen argumentieren, um "die Kaufkraft zu erhöhen". In schlechter alter sozialpartnerschaftlicher Manier orientieren sie sich daran, was gut für "die Wirtschaft" ist und nicht daran, was gut, gerechter und eigentlich auch durchsetzbar für die Beschäftigten wäre.

Wir wollen mehr. Nämlich eine echte Trendwende!

JETZT gibt es gute Möglichkeiten, Arbeitszeitverkürzungen und höhere Löhne durchzusetzen. Der "Aufschwung" wird nicht lange anhalten, seine Basis ist mehr als schwach und ExpertInnen rechnen bereits 2008 mit einer "Verlangsamung". Die WirtschaftsvertreterInnen sind jetzt in einer Defensivposition. Aber wird die Gewerkschaft diese Chance nutzen? Vertreter der Metaller-Gewerkschaft (die eröffnet traditionell die Herbstlohnrunder) haben angekündigt: "Im Herbst wird über die Produktivität (die um mehr als 5% gestiegen ist, Anm.) verhandelt". Das wäre auch notwendig. Die Erfahrungen der letzten faulen Deals lassen allerdings keine großen Hoffnungen aufkommen.

Es kann gut sein, dass die Beschäftigten die Ankündigungen der Gewerkschaft ernst nehmen und diese, wenn die Gewerkschaft wieder kleinbei gibt, selbst umzusetzen versuchen. Wir schlagen dafür folgende Hauptforderungen vor:

- ▶ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn auf 30 Stunden pro Woche
- ▶ Mindestlohn von 1.100,- netto

Um diese Verbesserungen umzusetzen, braucht es eine Kampagne in- und außerhalb der Gewerkschaften, in den Betrieben und unter AktivistInnen, die sich nicht von den BürokratInnen im ÖGB bremsen lässt.



Der Standpunkt

Der flotte
& rote Erwin?

von Sonja Grusch



Wenn eine Boy- oder Girlie-Band auf dem Reißbrett zusammengestellt wird, dann schauen die Macher darauf,

dass für jeden Geschmack was dabei ist. Eine Blonde, eine "Rassige", ein Kuscheltyp und ein "Männlicher". Bei der Auswahl von MinisterInnen gibt es offensichtlich ein ähnliches Konzept. Ein Seriöser, ein Familientyp, ein Rebell. In der SPÖ-Regierungsmannschaft hat Sozialminister Erwin Buchinger den Part des flotten, unkonventionellen Linken. Längere Haare, Lederkluft und Honda. Die Parteijugend wird zur Kritik motiviert, in seinem Weblog und bei öffentlichen Auftritten darf er auch mal gegen die ÖVP motzen und ein paar sozialkritische Ansagen machen. Aber ist Erwin Buchinger ein Linker? Gar ein Hoffnungsträger für eine linke Erneuerung der SPÖ?

Obwohl die SJ (die SPÖ-Jugendorganisation, die die Parteilinie von links kritisiert) Buchinger als Referent auf ihrer Konferenz hatte und ihn damit gewissermaßen als "Parteilinken" adelte, glaubt wohl kaum jemand in der SPÖ ernsthaft an das von Medien und SPÖ inszenierte Bild von Buchinger als "Linkem".

Schon in seiner Zeit als Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg und als Mitglied der Salzburger Landesregierung hat Buchinger bewiesen, dass er zwar noch Elemente linker Rhetorik kennt, in der Praxis aber die neoliberale Politik der SPÖ umsetzt. Eine Politik, die gegen die Bedürfnisse von ArbeitnehmerInnen gerichtet ist. Auch im Salzburger AMS wurde der Druck auf Arbeitslose erhöht, auch die Salzburger Regierung hat Sozialabbau betrieben. Seine jetzige Politik als Sozialminister setzt diesen Kurs fort. Obwohl er von ÖVP & Co. als "Linker" oder gar "Marxist" bezeichnet wird, ist die "Grundsicherung" das neoliberale Hartz IV-Modell auf österreichisch und ist sein Pflegemodell für NormalverdienerInnen und ihre Familien unleistbar. Sich immer nur auf die Position "wir sind halt in einer Koalition" zurückzuziehen ist zu einfach. Buchinger ist ein guter Partner von Gusenbauer: schöne Worte fürs Image und den Stimmenfang, jedoch eine Praxis, die sich an den Interessen der Unternehmen orientiert. Buchinger ist kein Hoffnungsträger für die Linke, weder in noch außerhalb der SPÖ. Linke HoffnungsträgerInnen werden vielmehr aus den Protesten und Kämpfen gegen die Maßnahmen von Buchinger & Co. entstehen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Nicht nur eine bildungspolitische Notwendigkeit:

Die Gesamtschule – öffentlich,
kostenlos und für alle Kinder

Generationen von SchülerInnen kannten die Stadt Pisa wegen der Schiefelage ihres Turms. Heute ist der Name dieser Stadt Sinnbild für die Schiefelage im österreichischen Bildungssystem.

Das alte Spiel mit den Sündenböcken

Einhelliger Tenor der meisten negativen Befunde (zumindest zur Bundeshauptstadt): Zu viele "Ausländerkinder", die nicht richtig Deutsch können, drücken das Leistungsniveau. Es ist zweifelsohne ein Problem, wenn SchülerInnen aufgrund Schwächen irgendwelcher Art dem Unterricht nicht folgen können. Aber die SchülerInnen sind nicht das "Problem", sie sind das Opfer einer falschen Bildungspolitik! In Österreich werden SchülerInnen bereits früh schultechnisch schubladisiert. Konkret bedeutet das eine Ausiebung, wer in die Sonderschule, Hauptschule, ins Gymnasium, die HTL, HAK etc. gehen muss. Ist einmal ein "Schulweg" eingeschlagen, gibt es nur mehr schwer einen Richtungswechsel.

Was ist die Gesamtschule?
Oder was sollte sie zumindest sein?

Alle Kinder und Jugendliche besuchen eine gemeinsame Schule. Unabhängig davon, ob sie behindert oder als "schwache" oder "starke" SchülerInnen eingeschätzt werden. Das konservative Argument der "Gleichmacherei" zieht dabei nicht. Gesamtschule bedeutet nicht, dass alle unabhängig von ihren Neigungen und Fähigkeiten "gleich" unterrichtet werden. In den bunt gemischten Klassen soll stärker auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen SchülerInnen eingegangen werden. Klar ist, dass das nicht mit einer/m LehrerIn pro Klasse funktionieren kann. Dafür braucht es BegleitlehrInnen, die sich in ihren Fähigkeiten ergänzen. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen ist vor allem eine politische Entscheidung.

Die globale Erwärmung wird heute allgemein nicht mehr in Frage gestellt. Auch die Tatsache, dass diese durch den Ausstoß von CO₂ entsteht, wird von allen – mit Ausnahme von Ölmultis wie Shell und Esso – anerkannt. Doch was kann dagegen getan werden?

Was den Schwachen guttut,...

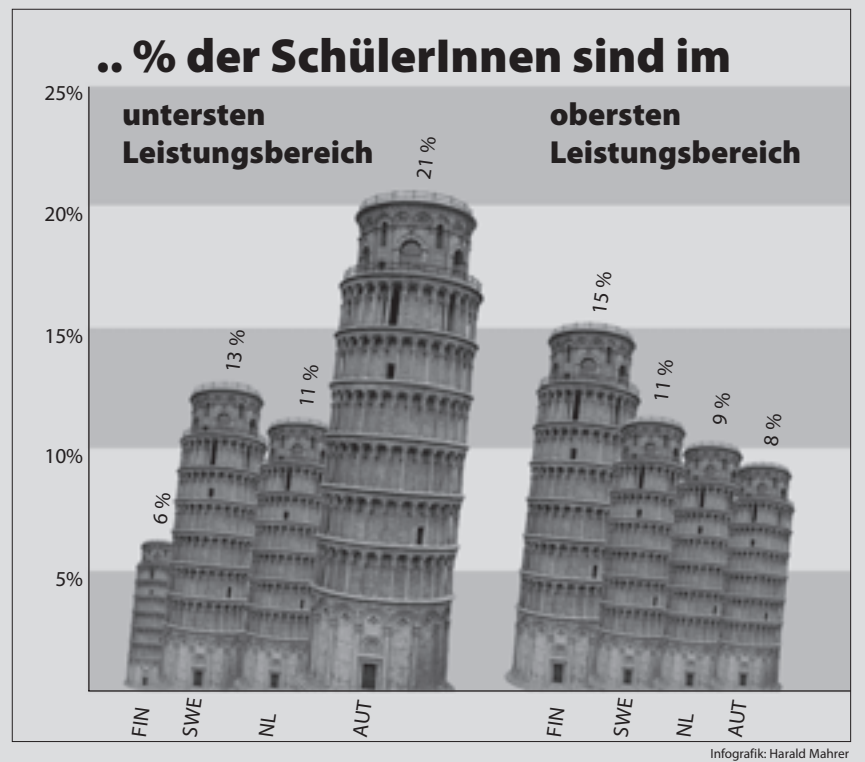
Unter dem Motto "Was den Schwachen guttut, nützt auch den Starken" listete Martin Schenk in der Tageszeitung "Die Presse" (!) einige bemerkenswerte Fakten zur Schuldebatte auf: "In Finnland (sechs Prozent), Schweden (13 %) und den Niederlanden (elf %) finden sich deutlich weniger Schüler am unteren Ende der Leistungsverteilung als in Österreich (21 %). Gleichzeitig erreichen 15 % der finnischen, elf Prozent der schwedischen und neun Prozent der niederländischen Schüler mit Level fünf den obersten Leistungsbereich im Lesen (in Österreich acht Prozent). Die Förderung von Spitzenleistungen muss nicht auf Kosten der Förderung von schwachen Schülern gehen."

... nützt auch den Starken.

(Quelle: Die Presse, 22.6.2007)

Diese Forderungen scheinen völlig utopisch? Stimmt nicht, denn sie sind in den sogenannten Eliteschulen schon lange Realität. Dort gibt es kleine Klassenverbände, BegleitlehrInnen, Laptopklassen, Vertiefungs- und Förderangebote uvm. Eine Gesamtschule hieße folglich: Jene – bewährten – Methoden und Ressourcen, die bislang nur einer kleinen Elite zur Verfügung standen, für alle Kinder zugänglich zu machen.

Gesamtschule bedeutet auch, die Eigenverantwortung und soziale Kompetenz der SchülerInnen in den Vordergrund zu stellen. Die SchülerInnen sollen einander gegenseitig unterstützen und helfen. Die LehrerInnen werden gemäß der modernen Pädagogik vom Vortragenden zur/m LernbegleiterIn. Auch das ist kein völlig neuer Ansatz. Schon in der Wiener Schulreform der 20er Jahre wurde dem Kon-



zept der Drillsschule jenes der Lernschule erfolgreich entgegengestellt.

GÖD-Führung fährt reaktionären Kurs

In der LehrerInnenausbildung wird (zumindest in Wien) Wert auf pädagogische Ansätze gelegt, die die SchülerInnen in den Mittelpunkt des Unterrichts rücken. Das kann in einer Gesamtschule besser umgesetzt werden als in Großklassen. Umso verwunderlicher ist, dass sich der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft (GÖD), Fritz Neugebauer, so vehement gegen eine Gesamtschule ausspricht.

Nicht umsetzbar? In vielen Ländern ist die Gesamtschule bereits Realität und bewährt sich. Die unterschiedlichen Erfahrungen zeigen, dass gerade Defizite einzelner SchülerInnen besser und schneller ausgeglichen werden können. Und die Gesamtschule ist ein

sozialpolitisches Steuerungsinstrument, um die Chancen von SchülerInnen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten besser auszugleichen. Je länger diese Gesamtschule schließlich dauert, desto besser können sich die Jugendlichen entwickeln und auf den späteren Lebensweg vorbereiten.

Öffentlich und kostenlos für Alle!

Die SLP fordert daher die öffentliche und kostenlose Gesamtschule mit integrierter Berufsausbildung in Lehrwerkstätten für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr und ein Ende des Privat- und Eliteschul(un)wesens. Alle Kinder und Jugendlichen haben unabhängig von ihrer Herkunft das gleiche Recht auf gute Bildung!

Der Autor ist Berufsschullehrer in Ausbildung in Wien

Klimawandel: Politik und Wirtschaft verkaufen
Verschmutzungsrechte und uns für blöd

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Alle PolitikerInnen der etablierten Parteien sind sich offensichtlich darin einig, dass Österreichs Beitrag zum Klimaschutz darin bestehen sollte, die seit 2005 bestehenden Richtlinien des Kyoto-Protokolls einzuhalten. Doch was heißt das? Im Kyoto-Protokoll steht nicht einmal etwas von einer Reduzierung der CO₂-Emissionen, sondern genau das Gegenteil, nämlich ein Anstieg der Emissionen – nur verlangsamt. Der weltweite Temperaturanstieg soll bis 2050 von drei auf 2,9 Grad reduziert werden. Ein Konzept, das an Scheinheiligkeit kaum mehr zu überbieten ist. Österreich stand in der letzten Zeit schwer unter Kritik, da nicht einmal diese, ohnehin viel zu

geringen Ziele erreicht wurden. Doch die Bundesregierung hatte, wie immer, sofort eine Lösung bei der Hand. Wir bezahlen dafür, dass unsere Industrie noch mehr die Luft verpestet kann.

Emissionshandel

Worum es beim Kyoto-Protokoll wirklich geht, sind die Emissions- bzw. Verschmutzungsrechte. Jedem Staat werden, mehr oder weniger der Stärke seiner Industrie entsprechend, Verschmutzungsrechte zugestanden. Diese kann er dann nach Gutdünken auf die einzelnen Unternehmen verteilen. Diese dürfen entsprechend ihren "Rechten" CO₂ in die Luft blasen. Wenn nun ein Konzern weniger die Umwelt verpestet als er

eigentlich "dürfte", so kann er seine Verschmutzungsrechte an einen Ökosünder verkaufen, der noch mehr Dreck ausstößt als er selbst. Die Regierungen hingegen kaufen (mit Steuergeldern!) weitere Emissionsrechte im Ausland ein, um diese den Unternehmen zu schenken. So wurde uns versprochen, dass das Geld, welches über die Nicht-Ab-schaffung der Studiengebühren hereinkommt, in den Klimaschutz investiert wird. In Wahrheit wurden nur im Ausland Emissionsrechte gekauft und diese an die Unternehmen weitergegeben. Problem gelöst? Urteilen sie selbst!

Treibstoffpreise

Die nächste glanzvolle Idee folgte sofort. Um den Ausstoß

an CO₂ zu reduzieren, wird Autofahren teurer – sprich, die Mineralölsteuer wurde erhöht. Bei Benzin um drei Cent, bei Diesel um fünf Cent. Die Tatsache, dass dies direkt zu Beginn der Ferienzeit geschah, war wohl nur Zufall. Doch es freut den Finanzminister, dass er nun noch mehr Spielraum für Steuergeschenke an die Reichen hat. Ein wirkliches Konzept zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beim Verkehr wäre jedoch der Ausbau eines guten und vor allem günstigen öffentlichen Verkehrsnetzes. Ansonsten sind nämlich immer noch zahllose PendlerInnen gezwungen, mit ihrem Auto in die Arbeit zu fahren und dem Finanzminister Geld für den Kauf weiterer Emissionsrechte für die Industrie zu geben.

Armut unter SchülerInnen steigt!

25% der SchülerInnen müssen während des Schuljahres arbeiten

Als ob die schulische Belastung nicht reichen würde, müssen immer mehr Jugendliche noch zusätzlich arbeiten gehen. Und das oft für "ein paar Euro".



von Berenike Spilka, SLP-Salzburg

Immer mehr SchülerInnen arbeiten während des Schuljahres. Doch die Gründe dafür verschieben sich. Während vor einigen Jahren noch das Aufbessern des Taschengeldes im Vordergrund stand, geben nun bereits 17%* an, zum Familieneinkommen beitragen zu müssen. Bei SchülerInnen, deren Eltern nur Pflichtschulabschluss haben und daher meist auch geringere Gehälter beziehen, steigt dieser Wert auf 28%! Wieder einmal zeigt sich: Ärmere SchülerInnen haben schlechtere Chancen in der kapitalistischen Gesellschaft. Sie werden in einen Teufelskreis getrieben: Oft können sie neben der Arbeit nicht mehr genug Zeit für Lernen und Hausaufgaben aufbringen, so dass es zu schlechten Noten, Klassenwiederholungen oder gar Schulabbrüchen kommt. Und damit ist der Weg zu einem schlecht bezahlten Job auch als Erwachsener vorprogrammiert. Ein

(weiterer) Beweis dafür, dass Chancengleichheit im Kapitalismus nicht existiert, da für SchülerInnen aus sozial schwächeren Familien, die Möglichkeiten, eine höhere Schule abzuschließen, immer weniger werden.

Oft ohne jede Absicherung – die Wirtschaft freut sich

Jeder vierte SchülerIn jobbt auch während der Schulzeit. Davon arbeiten wiederum mehr als ein Drittel (37%) regelmäßig. Doch trotz dieser hohen Zahlen wissen nur sehr wenige über ihre Rechte Bescheid. Was ihnen bei Arbeitszeit, Bezahlung und sozialer Absicherung zusteht, wenn Jugendliche ein Praktikum ma-

chen, in den Ferien arbeiten oder eben auch während der Schulzeit – das ist in der Schule kein Thema. (Und ich dachte immer, in der Schule lernt man für's Leben.) Die Unternehmen stört es nicht, und so kommt es dann, dass ein großer Teil nicht angemeldet ist und oft auch nur mündliche Vereinbarungen existieren. Mit diesen billigen Arbeitskräften werden nicht selten auch kollektivvertraglich bezahlte Arbeitsplätze ersetzt. So werden die Jugendlichen zu unfreiwilligen LohndrückerInnen.

Bezahlung: Mehr schlecht, als recht

Der überwiegende Teil der Jugendlichen ist in drei Bran-

chen tätig: Gastronomie (31%), Verkauf (20%), Babysitten (18%). Die Bezahlung bewegt sich in den meisten Fällen zwischen fünf und zehn Euro/Stunde, wobei ein starkes Lohngefälle zwischen Mädchen und Burschen zu beobachten ist. So verdienen 17% der Jungen, aber nur 11% der Mädchen, mehr als zehn Euro. Mädchen arbeiten auch öfter während der Schulzeit, allerdings weniger Wochenstunden als Burschen. 18% der SchülerInnen arbeiten sogar am Sonntag.

Arbeiten für unnützen Plunder?

Viele Menschen tun diese erschreckenden Zahlen mit der Bemerkung, die Jugendlichen würden dass schwer verdiente Geld nur für teure Handys, Klamotten und Fortgehen ausgeben, ab. Diese Argumentation wirkt auf den ersten Blick vielleicht plausibel, doch die Realität ist eine andere. Jugendliche müssen zum Familieneinkommen dazuverdienen bzw. sich ihr "Taschen-

geld" selbst verdienen, weil die Eltern zuwenig verdienen.

Die SLP fordert:

- ▶ Mindestlohn von 1.100,- netto und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – bzw. den entsprechenden Stundenlohn bei kürzerer Beschäftigung – auch für PraktikantInnen und Jugendliche
- ▶ Volle soziale Absicherung (Anmeldung) aller Beschäftigten, auch wenn sie nur wenige Stunden arbeiten.
- ▶ Ausreichend Jobs für Erwachsene, damit keine Familie auf das Einkommen von Jugendlichen angewiesen ist
- ▶ Umfassende Aufklärung über die Rechte bei Bezahlung, Arbeitszeit und Absicherung in der Schule durch VertreterInnen der Gewerkschaft bzw. der Arbeiterkammer.

* Alle Zahlen: Arbeiterkammer

Auch das noch: Immer mehr Geld für Nachhilfe

- ▶ 140 Millionen Euro werden pro Jahr für Nachhilfe ausgegeben
- ▶ Kosten bis zu 37 Euro pro Stunde
- ▶ Das Geschäft mit dem Nachzipf boomt: Alleine in Wien gibt es mindestens 50 entsprechende Privatfirmen

Falle MitarbeiterInnenbeteiligung

MitarbeiterInnenbeteiligung bedeutet volles Risiko ohne Mitspracherecht. Im besten Fall erhalten ArbeitnehmerInnen ein paar Brösel vom reich gedeckten Profit-Tisch. Im schlimmsten Fall ist das Geld weg.

Dass die Kluft zwischen Unternehmensgewinnen und Lohnentwicklung immer größer wird, fällt auch WirtschaftsvertreterInnen auf. Dass das mit "Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut" nicht zusammenpasst, auch. So soll ein bisschen Kosmetik betrieben werden. Kosmetik, die aber möglichst nichts kosten und vielleicht sogar noch eine "Umwegrentabilität" haben soll.

Spielgeld für die Versicherungen

Statt Lohnerhöhungen propagieren Wirtschaft und Politik daher nun die "Mitarbeiterbeteiligung". SPÖ-Gusenbauer schlägt vor, die Mitarbeiter-Beteiligung für eine betriebliche Altersversorgung zu verwenden. Das sei "ganz wichtig für die Stabilität des Pensionssystems" meint Gusenbauer, statt die unsoziale Pensionsreform von schwarz-blau-orange zurückzunehmen. Die staatliche Pension wird drastisch gekürzt, die zwei anderen Säulen des 3-Säulen-Modells (staatlich, betrieblich, privat) gibt es nicht. Die "Lösung": Die Beschäftigten sollen auf einen Teil der Lohnerhöhungen

verzichten, um die betriebliche Ebene aufzubauen. Die Mitarbeiter-Vorsorgekassen, die schon an der "Abfertigung Neu" gut verdienen, sind dafür. Bei der Abfertigung Neu übrigens ist die Verzinsung zur Zeit niedriger als auf einem Sparbuch! Molterer & Co. schlagen auch MitarbeiterInnenbeteiligung in Form von Auszahlungen oder Aktienaussgabe vor.

Warum wir dagegen sind

Wird im Falle eines Unternehmensgewinnes eine Auszahlung an die Beschäftigten geleistet, hat das denselben Nachteil, wie jede Einmalzahlung: sie fließt nicht ein in die Berechnungsbasis für künftige

Lohn- und Gehaltserhöhungen. Mittel- und langfristig führt das zu einer Reduktion der Reallöhne. Das fällt v.a. in den Jahren besonders schmerzlich auf, wo keine MitarbeiterInnenbeteiligung ausbezahlt werden wird.

Erhalten die Beschäftigten Anteile am Unternehmen (in Form von Aktien), dann tragen sie zwar das gesamte Kursrisiko, haben aber keine Mitspracherechte. Und sie haben oft nicht einmal das Recht, die Aktien zu verkaufen, wann sie es wollen! Verspekuliert sich der Chef oder wird die wirtschaftliche Lage schlecht – schon kann das ganze Aktienvermögen der Beschäftigten futsch sein.



Mitarbeiterbeteiligung: Hart erarbeiteter Lohn wird zum Einsatz im Spiel mit dem Feuer

Ihr da oben, ...

Superreiche verdoppeln ihr Vermögen

Die 50 reichsten Österreicher verfügen zusammen über 91,95 Milliarden Euro (2006: 55,15 Milliarden). Alleine die "top ten" besitzen davon 2/3 – knapp 60 Milliarden. Diese Summe würde ausreichen, um rund eine Million Menschen in Österreich aus der unmittelbaren Armutgefährdung zu befreien.

Wer kämpft da gegen die Privatisierung?

Während in der Steiermark Landeshauptmann Voves (SPÖ) weitere 24% der "Energie Steiermark" an den französischen (Atom-)Konzern EDF verkauft und von einem "Freudentag" für das Land spricht, protestiert die SPÖ in Oberösterreich vollmundig gegen den Börsengang der Energie-AG OÖ. Das Gleiche – quasi spiegelverkehrt – in grün (und schwarz): Für die in Oberösterreich mitregierenden Grünen spricht nämlich Klubobmann Hirz von der Privatisierung als "chancenreichste Option für Energie AG und das Land." In der Steiermark wird hingegen von den Grünen gegen EdF protestiert.

SPÖ Wien I: Neoliberal!

Die SPÖ-Wien-Rathausmehrheit hat nun für die Zukunft die automatische Erhöhung der Gebühren um (mindestens) die Inflationsrate beschlossen. Statt politischer Entscheidungen setzt man auch im vor langer Zeit einmal "Roten Wien" offensichtlich immer mehr auf neoliberale "Sachzwänge".

SPÖ Wien II: Überwachungsstaat!

Wegen des "großen Erfolges" kündigt Bürgermeister Häupl den Ausbau der elektronischen Überwachung an. Wir fragen uns nur: Wer braucht da eigentlich noch Frau Stenzel?

Niemand mehr krank? Angst um den Job!

Die Arbeiterkammer OÖ stellt fest: "An einem durchschnittlichen Arbeitstag fehlte 2006 nicht einmal jede/r vierzigste Arbeitnehmer/-in aufgrund von Krankheit oder Unfall an seinem/ihrer Arbeitsplatz. Im langjährigen Vergleich bedeutet das so wenig krankheitsbedingte Fehlzeiten wie noch nie. Dass die oberösterreichischen Arbeitnehmer/-innen so gesund sind, lässt sich daraus aber keineswegs ableiten. Denn schon länger ist zu beobachten, dass viele Menschen aus Angst um den Arbeitsplatz erst sehr spät oder gar nicht in den Krankenstand gehen." Wir meinen: Bedauerlich nur, dass ÖGB und AK gerade der möglichen Verlängerung des Arbeitstags zugestimmt haben. Auch das lehnen nämlich ArbeitsmedizinerInnen als höchst bedenklich ab.

... wir hier unten!

SLP 2007: Wir diskutieren heißen Themen des

Viele Menschen werden den bauernschlaunen Ratschlägen des ÖVP-Politikers Josef Pröll, aus "Klimagründen" keinen Urlaub weit weg mehr zu machen, nicht Folge leisten. Aber es gibt immer mehr, die aufgrund ihrer finanziellen Lage selbst im heißen Hochsommer kaum oder nur sehr kurz so richtig abschalten (können). Was tun, wenn neben Arbeit und Hitze die Langleweiligkeit droht? Dass man selbst immer weniger in der Geldbörse hat, die Arbeitszeit und -belastung zunimmt und selbst SchülerInnen immer mehr zur Ferienarbeit gezwungen sind, fällt nicht vom Himmel. Es ist Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft und der herrschenden Politik – und das gilt letztlich überall auf dem Globus.

Die SLP hat einen Vorschlag, wie der Sommer 2007 (konkret in der Hauptstadt) genutzt werden kann, um im Kampf gegen diesen Kapitalismus und all seine Auswirkungen einen Schritt weiter zu kommen. Dazu gehören Information, Diskussion und gemeinsames Handeln. Beginnen wir mit den ersten beiden Dingen: Nutzen wir die Zeit, um einen ausführlicheren Blick auf verschiedene Schauplätze in der Welt zu ermöglichen! Hinzu kommen geschichtlich bedeutsame Ereignisse, die heute noch bewegen, wie der "Prager Frühling" 1968 (eine Massenbewegung gegen den Stalinismus und für echten Sozialismus) sowie der Jännerstreik 1918 in Österreich. Damals war unter ArbeiterInnen und Erwerbslosen die Idee der Überwindung des barbarischen Kapitalismus weit verbreitet.

Von Juli bis Anfang September wird jeden Mittwoch im Amerlinghaus (7. Bezirk, Stiftgasse 8, nahe U3-Neubaugasse sowie Linie 49) abends ein Thema unter die Lupe genommen. Es beginnt jeweils um 18 Uhr mit einer Einleitung zu einem aus dem jeweiligen Thema herausgehobenen Detailgebiet. Nach einer kurzen Pause geht es um 19 Uhr mit dem umfassenden Thema los. Wir freuen uns über die Teilnahme von interessierten Menschen. Bei Interesse besteht die Möglichkeit, spannende Fragen in gemütlicher Runde weiter zu vertiefen. Auf diesen zwei Seiten werden die Termine und ihr Inhalt vorgestellt; mitunter etwas ausführlicher.

Bereits vor dem Erscheinungstermin dieser Zeitung werden am 4. Juli die Lage in Palästina (inklusive Geschichte von Fatah und Hamas) sowie am 11. Juli "China - Industrielle Revolution reloaded?" abgehandelt worden sein.

18/07/2007

Wie steht es um die Nazi-Szene in Österreich und wie wir sie bekämpfen. BfJ, AFP, RFJ, FPÖ & ihre Netzwerke in Europa.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der SLP widmet sich diesem Thema. Kurz vor den Sommerferien konnten wir eine weitere erfolgreiche Demonstration gegen den Nazi-Treff "Stüberheim" in Wien Ottakring organisieren. Angesichts von Armut und weiterhin hoher Arbeitslosigkeit werden Rechtsextreme mit ihren Scheinlösungen wieder Auftrieb erhalten, wenn es keine starke Alternative auf der Linken gibt. Damit nimmt auch die Gefahr gewalttätiger Angriffe zu. Wir müssen wissen, mit welchen Gegnern es die ArbeiterInnen-Bewegung zu tun hat.

25/07/2007

Türkei - Massenprotest gegen Islamismus. Welche Rolle spielt das Militär?

Dazu ein Artikel von Claus Ludwig, SAV-Köln (SLP-Schwesterorganisation in Deutschland):

Türkei:

Was steckt hinter den Massenprotesten? Präsidentschaftswahl provoziert Machtkamp der Herrschenden und Großdemos.

In der Türkei sind im April und Mai bis zu einer Million Menschen gegen die gemäßigt-islamistische Regierung der AKP unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auf die Straße gegangen. Welchen Charakter hat diese Massenbewegung – ist es eine pro-westliche Bewegung gegen die Islamisierung oder gar eine linke Bewegung? Oder sind die DemonstrantInnen die Hilfstruppen der alten Eliten aus Militär und Bürokratie, welche eine demokratisch gewählte Regierung mit undemokratischen Tricks, sogar einem Putsch, beseitigen wollen? Um es kurz zu sagen: Die Bewegung beinhaltet all diese Elemente.

Anlass für die Proteste war der Versuch der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), ihren Außenminister Abdullah Gül im Parlament zum Staatschef wählen zu lassen. Dieser scheiterte mehrmals, da die Opposition die Wahl boykottierte und die AKP nicht über die notwendige Zweidrittel-Mehrheit verfügt. Die Position des Staatspräsidenten ist traditionell die Hochburg des Laizismus, der Trennung von Staat und Religion. Der Laizismus bildet seit der Republik-Gründung durch Kemal Atatürk den Grundpfeiler des türkischen Staates. Gül wäre der erste Staatspräsident gewesen, dessen Frau ein Kopftuch trägt. Neuwahlen sind jetzt für den 22. Juli ausgeschrieben. Die Verfassung soll so geändert werden, dass auch der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt wird.

Krise der alten Eliten

Die AKP-Regierung ist die erste halbwegs stabile Regierung seit dem Militärputsch 1980. Zuvor waren in wechselnder Zusammensetzung die traditionellen Parteien an der Regierung. Diese sind weniger bürgerliche Parteien europäischer Prägung, eher Cliquen mit engen Verbindungen zum Militär und Geheimdiensten sowie zum organisierten Verbrechen. Die türkische Bevölkerung, vor allem die arme Bevölkerung auf dem Land und in den Massensiedlungen am Rande der Großstädte, den "Gecekondu", hatte von dieser Mafia genug, als 2001 die türkische Wirtschaft zusammenbrach. Die AKP erzielte einen Erdrutschsieg. Die konservative DYP, die nationalliberale ANAP, die kemalistischen CHP und DSP sowie die faschistische MHP haben aller Voraussicht nach bei den kommenden Wahlen keine Chance, die Regierung zu stellen, die AKP ist der klare Favorit.

Schleichende Islamisierung

Die AKP hat die Islamisierung noch nicht sehr weit getrieben. Das heißt nicht, dass sie untätig ist. So ist zwar der Alkohol-Ausschank nicht ver-

botten, aber Restaurants bekommen in vielen türkischen Städten keine Schank-Lizenzen mehr. Die Regierung versucht, die Darstellung von Sexualität aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Vor allem großstädtische Frauen aus der ArbeiterInnenklasse und den Mittelschichten fühlen sich durch die AKP bedroht. Sie fürchten zu Recht, dass ihre Errungenschaften unter Beschuss kommen. An dieser Stimmung versuchen auch die Oppositionsparteien anzuknüpfen. Dabei ist der Anti-Islamismus der Militärs und der alten Eliten verlogen. Während sie sich heute als Hüter der weltlichen Republik aufspielen, haben sie in den Jahren vor und nach dem Putsch 1980 den politischen Islam bewusst gefördert, in Schulen und Gesellschaft verbreitet, um ein Gegengewicht zur starken türkischen Linken zu schaffen, die sie als Bedrohung ihrer Herrschaft gesehen haben. Jetzt können die Zauberer die Geister, die sie einst riefen, nicht mehr kontrollieren. Die Massenproteste sind keineswegs pro-westlich. Sie richten sich sogar ausdrücklich gegen die wirtschaftliche Ausplünderung der Türkei durch europäische und US-amerikanische Konzerne. Die islamische AKP ist paradoxerweise nicht der Gegenspieler der EU, sondern deren bester Partner. Sie hat die Öffnung der Wirtschaft für ausländische Konzerne vorangetrieben, Privatisierung und Deregulierung beschleunigt.

Neoliberale Wirtschaftspolitik

"Trotz des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 7,3 Prozent und die niedrigsten Inflationsraten seit über 30 Jahren haben Beamte, Rentner und Bauern nicht mehr Geld in der Tasche als früher. In vielen staatlichen Betrieben geht die Angst vor Privatisierung und um den Arbeitsplatz um. Im Wirtschaftszentrum Istanbul sind als Folge des Aufschwungs die Mieten explodiert", schreibt das St. Galler Tageblatt am 15. Mai. Viele ArbeitnehmerInnen sehen die AKP als Erfüllungshelfer der EU, der gegen sie ausländische Konzerninteressen durchsetzt. Die Organisatoren haben das aufgegriffen, indem sie Parolen gegen EU und USA verbreitet haben.

Es gibt viele gute Gründe, gegen die AKP-Regierung zu demonstrieren. Die AKP ist eine kapitalistische Partei und treibt zudem vorsichtig, aber stetig die Islamisierung der Türkei voran. Die Organisatoren und Redner der Demonstrationen haben jedoch keine ehrlichen Motive. Die korrupten Altparteien und Militärs fürchten um ihre Posten in der Bürokratie, um Einfluss und Geldquellen. Sie versuchen, die Wahlchancen der nicht-religiösen Parteien zu verbessern. Die ArbeiterInnenklasse, die ländlichen und städtischen Armen, die Frauen und die Jugend sollten auf die Straße gehen, sich jedoch unabhängig von den herrschenden Cliquen organisieren. Das ist vielen klar, auf der Demonstration Ende April tauchte der Slogan "Nein zum Putsch, nein zur Scharia" auf.

Die türkische ArbeiterInnenklasse braucht ihre eigene Partei, unabhängig und sozialistisch, um eine Alternative zu den falschen Versprechungen der Islamisten, der Kemalisten und der Armee zu haben.

Claus Ludwig, Mitglied im SAV-Bundesvorstand, sitzt für das Bündnis "ggs" (Gemeinsam gegen Sozialraub) im Kölner Stadtrat.

01/08/2007

Bolivien - Droht die Spaltung des Landes und ein BürgerInnen-Krieg?

Seit vielen Jahren finden in lateinamerikanischen Ländern Protestbewegungen gegen die vom "Internationalen Währungsfonds" und der Weltbank diktierte neoliberale Politik statt. Besonders zugespitzt hatte sich die Lage bereits ab 2000 in Bolivien. Ausgehend vom "Wasserkrieg" in Cochabamba (die Privatisierung der Wasserwerke sollte eine Versechsfachung der Gebühren bringen), wurde von großen Teilen der ArbeiterInnen und indigenen Bevölkerung die Forderung nach einer echten Verstaatlichung von Öl und Gas erhoben, neben dem Bergbau der wichtigste Wirtschaftsfaktor Boliviens. Dieser "Gas-Krieg" führte bereits zu vielen Toten, vor allem bei den Aufständen im Oktober 2003. Die Massenbewegungen haben die Herrschenden bis aufs Mark erschüttert. Im Dezember 2005 gewann der linke Politiker Evo Morales klar die Präsidentschaftswahlen. Seitdem hat er einerseits im Bereich von Erdgas und Öl Schritte in die richtige Richtung gesetzt. Er ist jedoch die wesentlichen Maßnahmen bisher schuldig geblieben. Gleichzeitig mobilisiert die besitzende Klasse, vor allem in den rohstoffreichen Regionen, gegen die "sozialistische" Morales-Regierung und droht dem Land mit Abspaltung und BürgerInnen-Krieg. Veleorts kam es bereits zu gewalttätigen Konfrontationen und Überfällen seitens der Rechten.

Ein Artikel von Celso Calfullan aus Cochabamba, Bolivien vom Frühjahr 2007 soll einen tieferen Einblick geben:

Bolivien: Künstlich herbeigeführte Krise

In den letzten Wochen gab es häufig Probleme bei der Gasversorgung in bolivianischen Städten wie zum Beispiel Cochabamba, Oruro, El Alto und La Paz; die BewohnerInnen müssen in enormen Schlangen stundenlang auf die Ankunft des Gases warten, und oft kommt es einfach nicht an.

Der Erklärungen gibt es viele, wie immer, wenn etwas schief läuft. Die Behörden behaupten, "es gibt keine Gasengpässe und die Situation ist normal in allen Städten des Landes". Für Otto Normalverbraucher, der Gas kaufen will, sind diese Erklärungen unerklärlich. Später kommen die etwas ernsthafteren Erklärungen: Die Regenfälle seien schuld, weil sie die Tanklastwagen am Fahren hindern; der Schmuggel nach Peru, wo das Gas teurer verkauft werden kann, wird angeführt; die in ÖPNV-Bussen gehorteten Kanister; auch mit Spekulation und künstlicher Verknappung skrupelloser Händler hat es zu tun. All dies ist richtig, aber leider ist es nicht die Wurzel des Problems. Diese ist viel-

...tieren die Sommers

mehr das Treiben der Rechten gegen die Regierung Evo Morales, welche eine Destabilisierung betreiben und dabei von den bolivianischen und internationalen Unternehmen unterstützt werden, welche immer noch die Produktion von Erdöl und -gas des Landes kontrollieren. Diese Herren sind mit der aktuellen Situation nicht zufrieden, sondern wollen mit der Ausschlichtung Boliviens weitermachen, welche ihnen die vorherigen Administrationen erlaubt hatten.

Nötig ist eine vollständige Verstaatlichung der Öl- und Gasvorkommen

Trotz all der Reden über die Verstaatlichung der Kohlenwasserstoffe haben in Wirklichkeit weiter die transnationalen Ölmultis das Verarbeitungsmonopol inne, und – dort, wo es ihnen zugestanden wurde – auch das der Erforschung und Förderung. Praktisch die gesamte Herstellungskette, mit minimalen Ausnahmen, ist weiter in ausländischen Händen, insbesondere von Repsol aus Spanien und Petrobras aus Brasilien. Es war kein großer Fortschritt, dass YPFB (Yacimientos Petrolíferos Fiscales de Bolivia; staatlich bolivianische Erdöl- und -gasgesellschaft) die Kontrolle über 50 Prozent plus eine Aktie des Erdölsektors übernahm. Angesichts dieser Konstellation können wir festhalten, dass bezüglich der Erdöl- und -gasbodenschätze die Ausraubung Boliviens weitergehen wird und lediglich um einige kosmetische Korrekturen verändert wurde.

Die Rechte und die Unternehmer versuchen, das Land zu destabilisieren

Es ist klar, dass die Rechte und die Unternehmer mit dieser Sabotagepolitik die Regierung beschuldigen und sie anklagen wollen, die Dinge nicht im Griff zu haben, eine "schlechte Regierung" zu sein und überhaupt dass dies geschehe, wenn ideologischen Abenteuern (das heißt dem Sozialismus) nachgegangen wird, die "eine Gefährdung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung" mit sich bringen, was "jemand" beenden und Ruhe und Ordnung zurückbringen müsse. Wie oft haben wir diesen Diskurs gehört oder gelesen? Es ist eine Aufforderung zum Staatsstreich, und die bürgerliche bolivianische Presse ist voll von dieser Art Analyse.

Andererseits ist es unvermeidlich, dass die Bevölkerung mit der Situation unzufrieden ist, wie zum Beispiel früher aufzustehen, um in enormen Schlangen auf eine Gallone Benzin zu warten, und letztendlich Proteste und Blockaden der wichtigsten Straßen durchführt. Die strategischen Punkte jeder Stadt werden von den Leuten ausgewählt, um Straßenzüge lahmzulegen und die Herausgabe des Benzins zu fordern. Dies führt unvermeidlich in einigen Fällen zu Zusammenstößen mit der Polizei. Das

Drehbuch der Sabotage und Destabilisierung des Imperialismus und seiner nationalen Lakaien ist immer das gleiche, und sie setzen es jedes Mal ein, wenn eine Regierung es wagt, ihre Interessen – und sei es nur minimal – zu tangieren. Obwohl die Regierung Morales nicht direkt an der Situation Schuld ist, entbindet sie das nicht einer gewissen Verantwortung, mit der durch die Spekulanten und Reaktionären ausgeübten Kontrolle Schluss zu machen. Solange die Kohlenwasserstoffe durch die ewig Gleichen kontrolliert werden, halten diese die Instrumente zur Sabotage der Industrie in Händen, und Situationen wie die aktuelle werden sich immer wieder wiederholen. Es wird behauptet, dass am Dienstag, den 20. März, die Raffinerie Gualberto Villaruel ihren Betrieb wieder aufgenommen hat. Sie war angeblich in "Wartung" gewesen und eine der Hauptverantwortlichen für den Gasmangel, auf den sich die Unternehmer stützten, um den Preis des Treibstoffs hochzutreiben. Einer der Streitpunkte ist nämlich der auf 22,50 Bolivianos festgesetzte Benzinpreis, was ungefähr drei US-Dollar pro Gallone entspricht, während die Ölfirmen den inländischen Kunden Weltmarktpreise berechnen wollen.

Die bolivianische Rechte will offensichtlich Glauben machen, dass die Engpässe auf die "Verstaatlichung" der Öl- und Gasgewinnungsanlagen zurückgehen, obwohl die Verstaatlichung nicht einmal wirklich stattgefunden hat. Die bürgerlichen Ökonomen sagen uns, dass – wenn man die Knappheit überwinden will – man ganz einfach die Preise freigeben muss. Der unvermeidliche Preisanstieg würde die Nachfrage nach dem Produkt auf ein mit dem Angebot korrespondierendes Niveau verringern, mit anderen Worten, die ärmste Schicht der Bevölkerung könnte nichts kaufen und so wäre das Problem gelöst. Aber für uns ist vielmehr klar, dass wir es nicht hinnehmen können, dass in einem Öl- und Gas-Produktions- und Exportland der Bevölkerung dieses essentielle Gut nicht zur Verfügung steht, während einige wenige sich weiter die Taschen auf dem Rücken der Ärmsten füllen wollen.

Was ist die Alternative?

Diese künstlich herbeigeführte Krise hat verdeutlicht, dass die Kohlenwasserstoffe der Kontrolle der transnationalen Konzerne vollständig entzogen werden müssen. Alle Führungskräfte der transnationalen Konzerne müssen wegen Sabotage oder zumindest wegen Inkompetenz entlassen werden. Zusätzlich muss die Produktion und das Funktionieren der verschiedenen Anlagen garantiert werden, und die einzigen, die dies wirklich tun können, sind die ArbeiterInnen. Sie müssen die Kontrolle über die Erdöl- und -gasindustrie übernehmen, weil dies die einzige Garantie ist, dass sich eine Situation wie die aktuelle nicht wiederholt.

08/08/2007

Was ist los in der Weltwirtschaft? Von Überakkumulation und Spekulations-Blasen. Was ist überhaupt "Kapital", "Akkumulation" und was bedeutet "Überakkumulation"?

Können Sie in ein oder zwei Sätzen den Unterschied zwischen Geld und Kapital erklären? Was passiert, wenn Kapital "akkumuliert" wird? Und warum hat es auf unser aller Leben entscheidende Auswirkung, wenn eine "Überakkumulation" vorliegt? Wir leben in einer höchst komplizierten Welt und einem chaotischen Wirtschaftssystem, in dem man oftmals nicht durchzublicken vermag. Dennoch muss all das kein "Buch mit sieben Siegeln" bleiben. Was ist los in der Weltwirtschaft? Eine Frage, die angesichts der weltweiten Widersprüche spannender als ein Psychothriller sein kann.

15/08/2007

Globale (Arbeits-)Migration und der sozialistische Standpunkt dazu.

Referentin Petra Neuhold: "Die Zunahme erzwungener Migration ist eine Folge von Kriegen, wachsender sozialer Ungleichheit sowie vielfältigen existenziellen Bedrohungen. Deren Hauptursachen liegen in der Ausbeutung der ärmeren Länder durch die dominierenden imperialistischen Staaten, dem Zerfall von (National-)Staaten in der neo-kolonialen Welt (z.B.: Somalia, Afghanistan, DR Kongo, Irak), den Folgen neoliberaler Politik der Regime in der neokolonialen Welt sowie dem Wegfall einer Systemalternative nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung.

Einerseits versucht die EU mittels Ausbau hochtechnisierter und militarisierter Sicherungssysteme, die Abwehr von wirtschaftlich "nicht verwertbaren" Flüchtenden sicherzustellen. Andererseits braucht das Kapital flexible und billige Arbeitskräfte. Aus diesem Grund entstehen in Europa unterschiedliche, am wirtschaftlichen Nutzen orientierte Einwanderungsmodelle, die auf Zuwanderung für begrenzte Zeit ausgerichtet sind (z.B.: Green Card, Saison- und WerkvertragsarbeiterInnen). Dieser Trend zum "Migrationsmanagement" setzt sich zunehmend auch in Österreich durch. Die mediale Debatte über das so genannte "Punktesystem" der Grünen Partei sowie die Diskussionen über einen Mangel an FacharbeiterInnen können als Beispiele dafür herangezogen werden. Auch der erst kürzlich erschienene Bericht der Industriellen-Vereinigung mit dem Titel "Gemeinsam Lebensräume schaffen. Die Zukunft von Migration und Integration" betont als zentrale Forderung die Forcierung des Zugzugs qualifizierter Nicht-EU-BürgerInnen nach Österreich. Während die österreichische Arbeitsmarktsituation zunehmend durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Erwerbslosigkeit gekennzeichnet ist und MigrantInnen verstärkt in die Illegalität gezwungen werden, versucht die Wirtschaft mittels auf ihre Bedürfnisse zugeschnittener Einwanderungspolitik den Druck auf geschützte Normalarbeitsverhältnisse zu erhöhen. Ein Blick auf die Situation von MigrantInnen in Österreich zeigt deutlich: Die Mehrheit der MigrantInnen in Österreich befindet sich (trotz häufig guter Qualifikation) am unteren Ende der Beschäftigungshierarchie. Frauen sind davon besonders betroffen. Wie anhand der Plegedebatte sichtbar wurde, arbeiten Migrantinnen häufig als (illegalisierte) Hausarbeiterinnen und befinden sich daher oftmals in speziellen sexistischen und rassistischen Ausbeutungsverhältnissen.

Bei diesem Sommer-Treffen werden globale Migration und deren Folgen beleuchtet. Dabei sollen Abgrenzungen zu den Grünen und der SPÖ deutlich, sowie sozialistische Forderungen und Standpunkte als auch mögliche Handlungsschritte erarbeitet werden."

22/08/2007

"Prager Frühling" 1968 - Sozialistische ArbeiterInnen-Demokratie als Alternative zum Stalinismus.

Weltweit waren am 21. August 1968 die Augen auf die relativ kleine Tschechoslowakei gerichtet, als Truppen des "Warschauer Paktes" einfielen, um einer Bewegung den Garaus zu machen, die ausgehend vom Frühling jenes Jahres das Potential entwickelte, eine wirklich sozialistische Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus gleichermaßen aufzuzeigen.

29/08/2007

Jännerstreik 1918 - Die ArbeiterInnen-Bewegung in Österreich nach dem I. Weltkrieg.

Als Folge der Erfahrungen im Ersten imperialistischen Weltkrieg und dem Vorbild der russischen Revolutionen des Jahres 1917 brach Anfang 1918 auch in Österreich eine Massen- und Streikbewegung unter ArbeiterInnen aus. Obwohl bereits ein Großteil der Führung der Sozialdemokratie damals den Kapitalismus verteidigte, befand sich vieles auf des Messers Schneide. Ein wesentlicher Teil österreichischer Zeitgeschichte, die vor allem aus Sicht von SozialistInnen und Linken nicht in Vergessenheit geraten darf.

05/09/2007

Venezuela - Zwischen Verstaatlichung und staatlicher Bürokratie. Wie arbeitet die SLP-Schwestergruppe in Venezuela?

Die Auseinandersetzungen in Venezuela, einem außerordentlich rohstoff-reichen Land Lateinamerikas, verlaufen nicht nur zwischen Arm und Reich. Bedeutsame Teile der Regierung und Verwaltung unter dem linkspopulistischen Präsidenten Hugo Chavez versuchen, unabhängige Aktivitäten von ArbeiterInnen zurückzudrängen. Doch es gärt unter den Massen. Wie kann der von Chavez proklamierte "Sozialismus des 21. Jahrhundert" verwirklicht werden, ohne nur einer kleinen Bürokratie die Taschen zu füllen?

Linz, Salzburg, Hallein, Radstadt, Klosterneuburg, Klagenfurt

Für Termine in Oberösterreich (Raum Linz), Salzburg (Stadt sowie Hallein, Radstadt), Klosterneuburg (Niederösterreich) sowie Kärnten bitte um Anfrage per Mail oder Telefon (0676 977 5487 oder 01/524 63 10).

Anmerkungen eines Anti-Waldheim-Aktivisten von 1986 zur Debatte um einen angeblich großen Österreicher 2007

Hat Waldheim noch einmal gesiegt?!

von John Evers, SLP-Wien

Österreich 1986: Eine Welle des Antisemitismus überschwemmt das Land. Die Drahtzieher einer Kampagne, die bewusst mit den entsprechenden Vorurteilen und Einstellungen spielt, sitzen gegenüber dem Wiener Opernhaus. Hier befand sich zu diesem Zeitpunkt das Hauptquartier der ÖVP, die mit Kurt Waldheim einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier (Einsatzgebiet: Vernichtungskrieg Balkan) und SA-Mann für das höchste Amt im Staat aufstellte - und sich zunächst nicht viel dabei dachte. Zur allgemeinen Überraschung thematisierten 1986 plötzlich nicht nur einige linke AktivistInnen, ZeithistorikerInnen und jüdische Organisationen, sondern die SPÖ und in der Folge v.a. auch die US-Regierung diesen Umstand als Problem.

Breite Mobilisierung

Dass wirklich Neue an der Auseinandersetzung stellte aber die breite Mobilisierung gegen einen Präsidentschaftskandidaten dar, die selbst nach seiner Wahl nicht abbrach. Diese Mobilisierung beinhaltete Demonstrationen und Mahnwachen, die zu Orten heftiger und zuweilen handgreiflicher Auseinandersetzungen wurden, sowie zahllose Debatten in den Schulen und Betrieben. Tausende Jugendliche, zu denen ich selbst zählte, betrachteten Waldheim als Symbol einer Nachkriegsgesellschaft, die nie wirklich mit der NS-Vergangenheit gebrochen hatte. Für mehrere Jahre zierten unzählige österreichische Reisepässe spezielle Polithüllen mit dem Slogan "Ich habe ihn nicht gewählt". In etlichen Schulen hängten SchülerInnen die Bilder des neuen Präsidenten schließlich einfach ab.



Doch warum siegte Waldheim damals?

Dass Waldheim trotz alledem gewann und in der Folge als Präsident amtieren konnte, lag zum einen am Problem der Glaubwürdigkeit einiger seiner "GegnerInnen": US-Administration und SPÖ hatten selbst über Jahrzehnte hinweg TäterInnen gedeckt und MitläuferInnen integriert. Unablässig verwies Waldheims Verteidiger auf den Umstand, dass dieser mit Unterstützung aller Regierungen und Parteien UN-Generalsekretär gewesen war. Zum anderen waren jene, die sich als Führung der Bewegung "von Unten" gegen Waldheim verstanden (und zum Teil selbst ernannten), nicht bereit, das "strategische Bündnis" mit Reagan & Co. und vor allem der SPÖ-Spitze in Frage zu stellen. Dieses Bündnis war so nicht nur unglaubwürdig und trug zur Isolation der Bewegung in der österreichischen Gesellschaft bei. Vor allem lähmte es den Widerstand und tötete diesen schließlich nach Waldheims Wahl ab. Nicht zuletzt deshalb, weil die SPÖ-Spitze die Angelegenheit als taktischen Fehlschlag resümierte, ihre Verantwortung für die Kampagne zum Teil ab-

stritt (und damit einige Verschwörungstheorien nährte), mit Waldheim kooperierte und mit seinen Protagonisten von der ÖVP unmittelbar danach (und heute wieder!) koalierte.

Das "Erbe" des Waldheim-Konflikts

Die Orientierung der Bewegung von 1986 auf diese strategischen Bündnis-"Partner" wurde nachträglich zur breiten "zivilgesellschaftlichen Allianz" umgedeutet. Dass die Konstrukteure dieser "Allianz" heute zum Teil keinen geraden Satz der Verurteilung gegenüber Waldheim herausbringen, ihn gar als "großen Österreicher" bezeichnen oder zumindest nicht in Frage stellen, ist Ausdruck des politischen und moralischen Bankrotts dieses Ansatzes. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer, der WiderstandskämpferInnen, ihrer Nachkommen und auch jener Menschen, die damals politisch aktiv wurden und in den vergangenen 20 Jahren ihrer Haltung treu geblieben sind. Es ist allerdings nicht der erste Schlag dieser Art: Nach Waldheims "Tolerierung" wurde Haider Landeshauptmann, die FPÖ Regierungspartei und

(nicht) zuletzt Straches Wehrsportübung von Gusenbauer in Schutz genommen. Nichts desto trotz steht dem auch eine andere, langfristig positive Entwicklung gegenüber. Eine Entwicklung, welche die immer stärkere Abwendung politischer AktivistInnen von der Konsens-Suche mit den etablierten Kräften markiert, sowie (vor allem nach der "Wende" 1999/2000) Elemente unabhängiger Organisation und grundsätzlicher Opposition in unserer Gesellschaft beinhaltet.

Konsequenter Antifaschismus nötiger denn je!

Während Waldheim vor allem für Aspekte der Vergangenheit und deren Wirkung in die Gegenwart stand und steht, bedeutet heute die offensive Verknüpfung von sozialem Populismus gegen die "Globalisierung" und rassistischen Konzepten etwas anderes: nämlich eine zumindest nach 1945 in dieser Form neuartige und direkte Kampfansage der extremen Rechten an die Linke. Die FPÖ bewegt sich mit dieser Linie im Rahmen eines europäischen Formierungs- und Umgruppierungsprozess, der eine Radikalisierung des Rechtsextremismus ausdrückt, die im Zusammenhang mit den wachsenden sozialen Problemen und der Krise der EU steht. Wesentlich stärker als 1986 bedarf es heute eines explizit linken Antifaschismus, der derartige rechtsextreme Kräfte und Tendenzen aktiv ausgrenzt, sowie ihnen mittels eines sozialistischen Antikapitalismus (der den gemeinsamen Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen um ihre Rechte betont) den Nährboden entzieht.

► Langfassung des Artikels auf www.slp.at

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte im Juli & August

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4 (bei Schönwetter meist im Gastgarten)

NIEDERÖSTERREICH UND KÄRNTEN

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Nähe Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr, "Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

SOMMER-Treffen bis einschließlich 5. September jeden Mittwoch um 18 Uhr sowie ab 19 Uhr, Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (erreichbar mit U2, U3 Volkstheater oder U3-Neubaugasse, sowie Linien 48A, 49), im Saal im Erdgeschoss

Siehe auch Seiten 4 und 5 bezüglich des Programms.

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:
Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.
Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Gegen Rassismus und Sozialabbau

von Julian Zenzmeier, SLP-Hallein

Da uns, der SLP-Hallein, klar wurde, dass wir auch in Hallein ein Zeichen gegen die Rassisten in unserer Regierung und deren Sozialabbau setzen müssen, kamen wir bald auf die Idee, eine eigene Kundgebung zu organisieren.

In Hallein nahmen leider in den letzten Jahren rassistische Übergriffe auf Personen anderer Herkunft und anderer Hautfarbe drastisch zu. Ein bekannter Moslem berichtete uns, dass vor einiger Zeit zwei bewaffnete Neo-Nazis auf die Moschee in Hallein links und rechts vor der Türe "GO HOME" raufsprayten.

Das gab uns natürlich sehr zu denken und wir haben uns schließlich dazu entschlossen, auch in Hallein (wo es schon seit

Jahren keine Demonstration mehr gab) dagegen zu mobilisieren.

Als der Flyer fertig war, ging's fleißig ans Verteilen. Was uns in unserer Arbeit sehr gestärkt hat, waren viele viele positive Rückmeldungen und auch immer wieder Leute, die uns unterstützen und mehr über unsere Arbeit wissen wollten. Was ebenfalls sehr aufbauend war, war die Unterstützung von vielen migrantischen RestaurantbesitzerInnen. Eine Woche vor der Demo hing in jedem Kebap-Stand ein Plakat von uns!

Grundsätzlich sind wir mit der Demo sehr zufrieden, da wir mit der Unterstützung von vielen HalleinerInnen gemeinsam ein lautstarkes und kämpferisches Zeichen gegen Rassismus und Sozialabbau setzen konnten.

Erfolgreiche Aktionen gegen Nazis in Wien

vom SLP-Büro Wien

In doppelseitiger Aufmachung berichtete die "Bezirkszeitung" von einem wichtigen Ereignis: Am 20. Juni fanden in Wien Ottakring eine von der SLP initiierte und von der SJ unterstützte Demonstration sowie eine Veranstaltung gegen die rechtsextremen Umtriebe im "Stüber-Heim" (Kopfstraße 72/Kreitnergasse) statt. Trotz Gluthitze zogen bis zu 150 TeilnehmerInnen (an einem Mittwoch Nachmittag!) in einer lautstarken und gleichzeitig friedlichen sowie kämpferischen Demo durch die Straßen.

Das Interesse der PassantInnen war enorm. Viel Info-Material wurde verteilt. Oftmals applaudierten Menschen am Wegesrand, als sie sahen, worum es hier ging. Ein spezieller

Dank ergeht an die Sportklub-Fans "FreundInnen der Friedhofstribüne", die durch ihre Teilnahme die Demo stark unterstützt haben und für gute Stimmung sorgten. Auch die folgende Veranstaltung in der VHS Ottakring war ein Erfolg: Inzwischen hat auch der Bezirksrat einen Antrag gegen das Nazi-Zentrum angenommen. Eine eigene Kommission soll nun eingesetzt werden ... und wir bleiben dran!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

www.slp.at

www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt. Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Neues aus dem CWI

Entlassung eines Gewerkschafters verhindert

PAKISTAN – Nach den Telekomstreiks gegen Privatisierung in Pakistan 2005 war Azad Quadri, Aktivist und Generalsekretär der Trade Union Rights Campaign Pakistan – die das CWI zentral unterstützt – vom Management der privaten Telekomgesellschaft suspendiert worden. Azad hatte die Personalabbaupläne der Telekomgesellschaft publik gemacht, sehr zum Unmut des Managements. Dank einer gewerkschaftlichen Solidaritätskampagne gegen seine Entlassung wurde er nun wieder eingesetzt. Die Lion's Unity Union, die Gewerkschaft der Azad angehört, hatte eine Demonstration gegen Azads Entlassung mit über 300 AktivistInnen organisiert.

Protest gegen Armee-Rekrutierung an Schulen

USA – "What do we want? Recruiters out! When do we want it? Now!", war der Slogan von 70 Anti-Kriegs-AktivistInnen bei einem Protest gegen Rekrutierungsversuche der Armee an den Schulen. Die Demonstration wurde von Youth Against War and Racism (YAWR) und Socialist Alternative (CWI in den USA) organisiert und endete mit einem "Die-In" bei einer Sitzung der Seattle Schulverwaltung. Der Protest wurde im Lokalfernsehen übertragen und einer der Kommentatoren meinte, es sei der dramatischste Anti-Rekrutierungs-Protest bisher. YAWR fordert, dass dem Militär der Zutritt zu den Schulen genommen wird, und dass sie sich wie alle anderen lediglich bei der Bildungs- und Berufsmesse präsentieren dürfen. An der Demonstration nahmen SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und lokale AktivistInnen teil.

G8: CWI bei den Protesten

Das CWI war bei den Demonstrationen in Rostock mit einem großen, kämpferischen und gut organisierten Block von 200 AktivistInnen und CWI-Mitgliedern aus Deutschland, England und Wales, Irland, Schweden, Schottland und den Niederlanden präsent. Die CWI-Forderung nach einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft stand im krassen Gegensatz zur Politik der Vertreter der G8, die die Probleme, die sie lösen zu wollen vorgaben, ja selbst verursacht hatten. Besonders Interesse fand unser Treffen am Alternativgipfel zum Thema "Ist Hugo Chavez der neue Che Guevara?".

www.socialistworld.net



Neue "Linke" in Deutschland gegründet

Eine marxistische Kraft ist notwendiger denn je

von Sascha Stanicic,
SAV-Bundessprecher

Am 16. Juni wurden Linkspartei-PDS und die WASG fusioniert. Im folgenden Kommentar erklärt Sascha Stanicic für sie Sozialistische Alternative (SAV), Schwesterorganisation der SLP, warum der Aufbau einer marxistischen Organisation weiter notwendig bleibt.

Die Gründung der Partei DIE LINKE ist kein Grund zur Auflösung marxistischer Organisationen, sondern im Gegenteil ein weiteres Argument, eine starke marxistische Organisation aufzubauen, die Einfluss auf den Wiederaufbau der ArbeiterInnenbewegung nehmen kann. Dazu drei Thesen:

1. Die Fusion von WASG und Linkspartei.PDS markiert keinen Schritt nach links, sondern eine Anpassung der WASG nach rechts, die ihre grundsätzliche Ablehnung von Regierungsbeteiligungen mit der neoliberalen SPD aufgegeben hat. Eine tiefere Ursache dieser Entwicklung ist die von Beginn an systemimmanente und marktwirtschaftsorientierte Programmatik der WASG, in der

eine Mitverwaltung des krisenhaften Kapitalismus angelegt war. Deshalb war es nötig, in der WASG für eine sozialistische Programmatik und Perspektive einzutreten. Ein solcher Kampf konnte besser geführt werden, je besser die marxistischen Kräfte organisiert waren.

Die neue Partei macht die Arbeit einer organisierten marxistischen Opposition noch dringender. Ausgerechnet jetzt die eigene "Auflösung" zu verkünden, zeugt von grenzenlosem Opportunismus und Unterordnung unter den Lafontaine-Flügel. Der Kampf für eine wirklich sozialistische Massenpartei geht weiter, innerhalb und außerhalb der LINKEN. Je stärker eine marxistische Organisation, desto eher wird dieser erfolgreich sein.

2. Eine Weiterentwicklung des Marxismus ist eine wichti-

ge Voraussetzung, um ein Programm und eine Strategie für die Klassenkämpfe der Gegenwart und der Zukunft zu entwickeln. Das ist nur in kollektiver und organisierter Form möglich. Es sind nicht einzelne Führungsfiguren oder Intellektuelle, die dies leisten können, sondern nur die gemeinsame Erfahrung und Diskussion marxistischer AktivistInnen. Dies in organisierter, demokratischer Form zu gewährleisten ist nur möglich, wenn diese AktivistInnen sich in einer Organisation zusammenschließen, die Aktion, Diskussion und Theorieentwicklung verbindet.

3. Die sozialistische Veränderung der Gesellschaft kann nur durch die ArbeiterInnenklasse selber vollzogen werden. Aber alle historische Erfahrung zeigt, dass sie dies nicht spontan, unorganisiert und ohne politische Führung

erreichen kann, sondern dass eine marxistische Organisation nötig ist, um ein Programm, eine Strategie und Taktik in der Arbeiterklasse zu verankern, die eine sozialistische Veränderung erfolgreich machen kann. Eine solche Organisation muss jetzt begonnen werden aufzubauen, das kann nicht auf eine unbestimmte Zukunft verschoben werden. Denn nur wenn sich jetzt marxistische AktivistInnen in Betrieben, Nachbarschaften, Hochschulen verankern und erste handlungsfähige Gruppen aufbauen, können sie in Zukunft Massen für den Marxismus gewinnen und entscheidenden Einfluss auf Bewegungen und Kämpfe nehmen. Der Aufbau der SAV ist also dringender denn je!

► Ausführliche Stellungnahmen, Pro- und Kontra-Positionen auf www.socialistische-alternative.de.

Nordirland: Frieden auf tönernen Füßen

von Laura Rafetseder,
SLP-Wien

Seit dem 8. Mai 2007 ist eine nordirische "Einheitsregierung" im Amt. Ist der Konflikt damit tatsächlich gelöst?

Die neue Regionalregierung wird von den Regierungen in Britannien und Irland sowie der Weltpresse als "Wendepunkt" gefeiert: mit dem Argument, dass mit der unionistischen ("protestantischen") DUP und der nationalistischen ("katholischen") Sinn Fein die Extreme beider Seiten in einer Regierung sitzen und somit keinen Ärger machen können. Damit stünde angeblich eine Ära von Stabilität und Wohlstand bevor. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Der einzige Kitt zwischen den beiden Regierungsparteien ist ihr neoliberales Programm. Beide müssen die sektiererische Spaltung aufrechterhalten, um nicht an Unterstützung zu verlieren, wenn sie dieses Programm umsetzen. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme werden weiterhin bestehen. Als Belfast am 12. Juni von Regenmassen überflutet wurde, beschloss die Regionalregierung Hochwasserhilfe in der Höhe von fünf Millionen Pfund. Dem folgten Unstimmigkeiten darüber, wie viel davon an protestantische und katholische Gegenden gehen solle. Jede staatliche Ausgabe,

bzw. vor allem jede Kürzungsmaßnahme wird von neuen Konflikten begleitet werden. Auch die jährlich im Juli stattfindenden Oraniermärsche "protestantischer Hardliner" können die scheinbare Stabilität schnell zusammenbrechen lassen.

Konflikte um die Oraniermärsche

Die Einsetzung eines nordirischen Parlaments und einer Regionalregierung geht auf das "Karfreitagsabkommen" 1998 zurück. Schon damals war klar, dass diese neue Form der ("Selbst"-)Verwaltung nichts an den grundlegenden Problemen ändern und der Konflikt unter der Oberfläche weiter schwelen würde. Die nordirischen Regierungen seitdem waren stets instabil, die sektiererische Spaltung an der Basis vertiefte sich sogar. Die Oraniermärsche in den letzten Jahren waren zumeist von Unruhen und gewalttätigen Ausschreitungen begleitet. Sie sind Ausdruck des Konflikts um Territorium zwischen den einzelnen Lagern. Gerade die ArbeiterInnenviertel sind zutiefst gespalten, in katholische und protestantische Wohnbezirke. Die Konflikte um die Märsche

flammen besonders dann auf, wenn sie durch katholische Gebiete verlaufen. Die Position der Socialist Party (SP, CWI in Nordirland) zu den Märschen: Der Oranierorden ist zweifelsohne eine reaktionäre Organisation. Dieser Organisation das Demonstrationsrecht prinzipiell nicht zu gewähren, würde jedoch die protestantische Bevölkerung lediglich den protestantischen Hardlinern in die Arme treiben und den Konflikt verschärfen. Allerdings hat ebenso die (katholische) Bevölkerung das Recht, darüber zu entscheiden, ob die Demonstration in ihren Bezirken stattfinden darf. Die Rechte beider Gruppen müssen gewahrt bleiben und durch Diskussion und Kompromiss "face-to-face" ausverhandelt werden. Das Verhandlungsergebnis müsste dann von den Organisatoren der Paraden und den AnrainerInnen gemeinsam umgesetzt werden – und nicht von der Polizei, die durch ihr Vorgehen meist Öl ins Feuer gießt.

Wie die Spaltung überwinden?

Zu den Plänen der nunmehrigen Regierungsparteien zählen eine Reihe von Privatisierungen, Personalabbau und

Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst, sowie Schulschließungen. Das neoliberale Gesicht von DUP und Sinn Fein zeigt sich besonders bei den Wassergebühren. Gemeinsam mit einem Bündnis gegen diese Gebühren hat die SP eine Nichtbezahlungskampagne initiiert. Während der Wahlen für die Regionalversammlung haben alle Parteien, auch auf den Druck von Seiten der Bewegung, sich gegen Wassergebühren ausgesprochen. Deren Einführung wurde daraufhin von der britischen Regierung um zwölf Monate verschoben und damit in den Verantwortungsbereich der neuen Regionalregierung gelegt. Diese zeigt sich nach den Wahlen auch willig, die Gebühren einzuführen. Es ist der gemeinsame Kampf gegen die neoliberalen Pläne von DUP und Sinn Fein, und damit auch die Einführung der Wassergebühren, die tatsächlich die sektiererische Spaltung überwinden kann. Die Tatsache, dass regionale Parteien nicht mehr den Luxus von permanenter Opposition haben, kann die Möglichkeiten für den Aufbau einer vereinigten ArbeiterInnenbewegung schaffen, welche die Basis für einen wirklichen Ausweg legen kann.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 166

Juli/August 2007

EM 2008: FAN-Demo gegen Rechts organisieren!



Grenzenlose Solidarität von Unten statt Profite und Überwachung von Oben

Von John Evers, SLP-Wien

Gemeinsam gegen unfaire Abzocke

99% aller Fans (und Spieler) wollen friedliche und faire Wettkämpfe. Ihnen gilt es, eine Stimme zu geben und sie gleichzeitig vor Kriminalisierung und Abzocke zu schützen. Während an Firmen, FunktionärInnen und PolitikerInnen tausende Gratistickets ausgegeben werden, sind offizielle Ticketpreise bis zu 600 Euro mit Sicherheit zu erwarten. Aber es kommt noch schlimmer. Diverse "Fan-Arenen" werden die schönsten Plätze besetzen und zum Teil hohe Eintritte verlangen (kolportiert werden 8-10 Euro). Oder zumindest mittels Sicherheitsdiensten dafür sorgen, dass nur teuer gekaufte Getränke und Speisen konsumiert werden können.

Für die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung gibt es hier Handlungsbedarf! Gemeinsam mit linken Fanklubs könnten Gewerkschaften, Arbeiterkammern und Sportvereine mit einer entsprechenden Tradition eigene Zonen mit eigenen Regeln schaffen. Räumlichkeiten, Sportplätze, ja ganze Parks (wie die Arbeiterkammer in Wien) hat diese Bewegung genug!

In diesen "Solidaritäts-Zonen" könnte ggf. sogar eine kleine linke "EM" unter Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern und linken Fans aus anderen Teilen Europas ohne Kommerz und Repression abgehalten werden.

Gemeinsame FAN-Demo gegen Rassismus statt Polizeistaat

Ein in diesem Zusammenhang relativ leicht zu realisierender Vorschlag wäre eine gemeinsame FAN-Demo gegen Rassismus im Fußball. Eine

solche internationale (Groß-)demonstration würde unter allen Fußballfans das Bewusstsein stärken, dass es eine Mehrheit gegen Rassismus und Gewalt gibt. Ganz im Gegensatz übrigens zu den geplanten Maßnahmen der Polizei, welche eher provozieren und damit kontraproduktiv sind.

Zudem wird hier anlassbezogen der Polizeistaat durch die Hintertür eingeführt: Meldepflicht oder gar "Präventivhaft" sind Mittel, welche sich künftig (wie in Deutschland vor einigen Wochen) vor allem auch willkürlich gegen politisch aktive Linke und GewerkschafterInnen richten.

Beispiel Liverpool: Internationale Solidarität ist keine Illusion

Als Mitte der 80er Jahre in Liverpool eine der größten Fußballkatastrophen aller Zeiten stattfand (38 Juventusfans wurden im Zuge von Ausschreitungen und einem Tribüneneinsturz getötet), setzte die linkssozialistische Stadtregierung der britischen Hafenstadt bemerkenswerte Zeichen. Nach der Tragödie im Heysel-Stadion nahmen die Gemeinderatsvorsitzenden Kontakt zu ArbeiterInnen-Organisationen in Turin auf und organisierten einen offiziellen Besuch, um die Probleme zu diskutieren, vor denen die ArbeiterInnen der zwei Städte standen. Dies fand trotz einer bösen Medienkampagne statt, die unter anderem behauptete, dass die Liverpooler gewalttätige Menschen seien. Ein derartiger internationalistischer Geist von Seiten der Rathäuser fehlt allerdings heute, weil hier linkssozialistische Regierung fehlen. Auch darüber sollten engagierte Fans vielleicht diskutieren.



Strache kann's nicht lassen: Hetze gegen Bettler und Jugendzentrum

In der neuesten FPÖ-Kampfschrift "Wir Wiener", mit welcher sämtliche Haushalte der Hauptstadt belästigt werden, greifen Strache und Co. wieder einmal ganz tief in die braune Kloake. Um angeblich den Sozialstaat zu retten (ein Bild davon konnten wir uns ja 2000-2006 machen) wird gegen BettlerInnen und AusländerInnen gehetzt. Speziell eingeschossen hat sich die FPÖ allerdings erneut auf unbequeme Jugend- und Kulturarbeit in Wien.

Besonders dem "Amerlinghaus", in dem unter anderem die SLP regelmäßig Veranstaltungen abhält, wird der Kampf angesagt. Nicht zu unrecht sehen MitarbeiterInnen des Hauses diese Angriffe im Zusammenhang mit den vielen antifaschistischen Aktivitäten, die in diesem Jugend- und Kulturzentrum beheimatet sind. Nicht nur sei die Subventionsvergabe FPÖ-Thema im Gemeinderat gewesen; auch Leute aus "einem gewissen Spektrum" könnten sich nun motiviert fühlen, gegen das Zentrum aktiv zu werden, meint eine/r der dort Beschäftigten. Die SLP schlägt eine Kundgebung aller im Amerlinghaus "beheimateten" Initiativen vor - zur nahe gelegenen FPÖ-Zentrale als ersten Schritt zu einer breiteren Kampagne gegen die FPÖ-Angriffe. (je)

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at